



RAT DER
EUROPÄISCHEN UNION

Brüssel, den 29 Mai 2006

9849/06

SOC 278

VERMERK

des: Vorsitzes
für den: Rat (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz)
Betr.: **Zusammenfassung: Internationale Konferenz „On Solidarity - Cultural
and Political Conditions for the Reform of Social Models in Europe and
the U.S.“
- Wien 19.-20. Mai 2006
(Punkt „Sonstiges“)**

Die Delegation erhalten in der Anlage einen Informationsvermerk über die obenerwähnte Konferenz.

Zusammenfassung: Internationale Konferenz „On Solidarity - Cultural and Political Conditions for the Reform of Social Models in Europe and the U.S.“

19.-20. Mai 2006, Schloss Schönbrunn (Orangerie), Wien

Hintergrund:

Die Konferenz erfolgte auf gemeinsame Einladung der österreichischen Präsidentschaft und der Europäischen Kommission. Protagonisten waren neben HBM Bartenstein und KOM Spidla eine Reihe international führender Persönlichkeiten aus Politik und Wissenschaft (primär aus Ökonomie, Politikwissenschaft und Soziologie). Neben drei Panels zu spezifischen Themen war auch eine öffentliche Debatte zum Thema „Solidarität“ in die Konferenz integriert. Ziel war eine wissenschaftlich fundierte, gleichzeitig aber auch politikrelevante Bestandsaufnahme der Diskussionen zum „Europäischen Lebensmodell“ insbesondere auch in Gegenüberstellung zu den USA, zu geben.

Ergebnisse Session 1 (Sozialmodelle und regionale Integration):

- Sowohl die EU als auch die USA weisen eine beträchtliche Heterogenität auf (EU: „West versus Ost“; USA: „Nord versus Süd“), jedoch sind die benachteiligten Regionen beider Räume bedeutenden Transformationsprozessen unterworfen: der amerikanische Süden hat nach der Öffnung in den 1960er Jahren relativ an Bevölkerung gewonnen und ist zu einer Hochburg der Republikaner geworden. Der europäische Osten befindet sich einem wirtschaftlichen Aufhol-, gleichzeitig aber auch kulturellen Selbstbehauptungsprozess gegenüber dem Westen.
- Europa und die USA sind bezüglich ihrer inneren Differenzierung nur bedingt vergleichbar, weil nur die USA über ein gemeinsames Nationalbewusstsein und eine gemeinsame Sprache verfügen.

- Innere Vielfalt ist sowohl in der EU als auch in den USA eine wichtige Quelle von "bottom-up"-Innovationsprozessen für die Erneuerung der Sozialsysteme. Insofern sollte das Subsidiaritätsprinzip nicht in Frage gestellt werden.
- Gleichzeitig sollte die innereuropäische Heterogenität der Sozialsysteme nicht überschätzt werden, weil sich deren Komponenten in den meisten Fällen in eine begrenzte Anzahl von Typen unterscheiden lassen, die gewisse gemeinsame Prinzipien (z.B. stärkere Rolle des Staates, universaler Zugang zur Gesundheitsversorgung) teilen.

Ergebnisse Session 2 (Sozialmodelle und demographischer Wandel):

- Der demographische Alterungs- und Schrumpfungsprozess der etablierten europäischen Bevölkerungen ist eine mittelfristige Gegebenheit; die spektakuläre Erhöhung der durchschnittlichen Lebenserwartung in den Industriestaaten im Laufe der letzten 100 Jahre ist grundsätzlich als positive Errungenschaften zu betrachten, wirft aber in Verbindung mit niedrigen Geburtenquoten substantielle neue Probleme für die europäischen Gesellschafts- und Sozialsysteme auf. Neben den ökonomischen Faktoren (erhöhte Belastung durch Pensionszahlungen etc.) ergeben sich durch den wachsenden Bevölkerungsanteil älterer Menschen auch potentielle politische Probleme.
- Maßnahmen zur Erhöhung der Geburtenquoten wirken ihrer Natur nach langfristig und sind in ihrer Wirkung nicht genau berechenbar; familien- und jugend fördernde Politiken sollten aber jedenfalls einen Schwerpunkt künftiger Sozialpolitik in der EU bilden.
- Die anderen zur Bewältigung der demografischen Entwicklung diskutierten Maßnahmen (Erhöhung der Beschäftigungsquoten von Frauen und Älteren, Erhöhung der Immigration) sind als Lösungsansätze prinzipiell valid, haben aber ein Legitimitätsproblem in der europäischen Bevölkerung, da sie eher als Problem als, als Lösung angesehen werden.
- Immigration, auch wenn in wesentlich höherer Intensität als derzeit zugelassen, kann den demographischen Schrumpfungsprozess längerfristig nicht aufheben. Die aus Immigration resultierende Erhöhung der Diversität der europäischen Bevölkerung birgt grundsätzlich positive Chancen und Möglichkeiten, aber auch die Gefahr, das gesellschaftliche Bekenntnis der europäischen Staaten zu einer umfassenden Solidarität abzuschwächen.

- Die potenziell dynamisierende Rolle von Immigration auf die Zielländer sollte nicht unterschätzt werden (vgl. die Entwicklung der USA), setzt aber adäquate Integrationsanreize voraus. Es bleibt unklar, ob die europäischen Sozialsysteme im Gegensatz zum amerikanischen Sozialsystem diesbezüglich zu Negativ-Selektionseffekten und einer Verminderung v.a. über den Arbeitsmarkt vermittelter Integration geführt haben.

Ergebnisse Session 3 (Sozialmodelle und politische Systeme):

- Die europäische politische Entwicklung im Bereich der Sozialsysteme weist keinen klaren Konvergenztrend auf. Das Bild wird noch komplexer, wenn man verschiedene „Regime“ in den Bereichen Soziales, Produktion, Migration und Bildung berücksichtigt, die in den einzelnen europäischen Staaten in unterschiedlichen Mischformen vorliegen.
- Trotz dieser Vielfalt gibt es durchaus einen Konsens zu bestimmten Grundnotwendigkeiten der Sozialsysteme, wobei weitgehende Privatisierungsmaßnahmen ähnlich wie in den USA explizit nicht auf der Agenda stehen. Das gegenwärtige Problem liegt hauptsächlich in der Implementierung der notwendigen Reformen. Diese würde erleichtert, wenn in den europäischen Volkswirtschaften wieder höhere Wachstumsraten und geringere Arbeitslosenquoten generiert werden könnten.
- Die US-amerikanische Entwicklung der letzten ca. 3 Jahrzehnte war u.a. von einer Machtverschiebung in den Arbeitsbeziehungen zuungunsten der Arbeitnehmer, einem zunehmenden Einfluss pekuniär überdurchschnittlich ausgestatteter Akteure in der Politik, einer zunehmenden Dominanz der Republikanischen Partei und konservativen Gedankenguts generell und einer Entwicklung zu sehr hohen Inhaftierungs- bzw. Gefängnisinsassenquoten (als Anteil an der Gesamtbevölkerung) geprägt. Ergebnisse dieser Entwicklung im Sozialbereich sind wachsende Ungleichheit (v.a. wegen Einkommens- und Vermögensdiskrepanzen zwischen den reichsten 1% und dem Rest der Bevölkerung) und ein tendenzieller Rückzug des Staates aus sozialen Belangen verbunden mit einer „Privatisierung von Risiko“, während die Erreichung der ursprünglichen Reformziele - v.a. die Reduktion der Kosten des Gesundheitssystems - eher noch weiter entfernt erscheint.

- Die angeführten Entwicklungen erfolgten eher inkrementell, weil aufgrund der vielfältigen Hürden des amerikanischen politischen Systems umfassende Reformen „aus einem Guss“ nur in Ausnahmefällen möglich sind (vgl. New Deal in den 1930er Jahren). Die mittelfristige Aussicht einer größeren Richtungsänderung erscheint damit eher gering.
- Die Rückführung der sozialen Rolle des Staates in den USA bringt erhebliche Kosten mit sich, z.T. auch für die Unternehmen (Gesundheits- und Pensionsvorsorge). Bei einer adäquaten Ausgestaltung kann das Europäische Lebensmodell bzw. die diesem zu Grunde liegende Solidarität als produktiver Faktor angesehen werden, der die Wettbewerbsfähigkeit fördert.
